

eine stärkere Einbeziehung von Flüchtlings- und Migrant*innenselbstorganisationen sowie anti-rassistischen Initiativen in die städtische Politik, da die Menschen in Fluchtsituationen am besten über ihre Situation und Bedürfnisse Bescheid wissen.

eine kritische Diskussion der verfehlten deutschen Asylpolitik in der Gesellschaft. Die strukturellen Bedingungen wie Asyl- und Aufenthaltsgesetze stehen einem langfristigen Ankommen und Leben in Deutschland im Wege. Kurzfristige karitative Unterstützung für Menschen in Fluchtsituationen kann die aktuelle Situation zwar abfedern – jedoch eine grundsätzliche Veränderung ihrer Lebensverhältnisse nicht herbeiführen.

letztlich: mehr Solidarität, Respekt und Offenheit im nachbarschaftlichen Miteinander.

Wir rufen zu einem klaren Zeichen für mehr Solidarität auf! Teilt unser Anliegen mit einem Foto von euch, verbreitet diesen Aufruf, beteiligt euch an den vielen Aktivitäten vor Ort.

Erstunterzeichner*innen:

Arbeitsgruppe Flucht+Menschenrechte Treptow-Köpenick
Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick
Flüchtlingshilfe Iran e.V. 2010
Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz
Unterstützer_innenkreis Strassburger Straße
Unterstützer_innenkreis Weißensee
Unterstützer_innenkreis Mühlenstraße
Willkommensinitiative Lichtenberg
Wedding hilft

Kontakt:

Wiebke Eltze (Licht-Blicke - Netzwerk für Demokratie)
Ahrenshooper Straße 7, 13051 Berlin
Telefon: 030-99 270 555
Mail: mail@licht-blicke.org

mehr

Solidarität

Manifest gegen die rassistische Kälte
und für die Zukunft

Initiator*innen:

 LICHT-BLICKE
 NETZWERK
FÜR DEMOKRATIE

[moskito]
Netzwerkstelle
gegen Rechtsextremismus

Zentrum für
DEMOKRATIE

Es geht

um Wohnen
viele

Seitdem Sozialsenator Mario Czaja Ende Oktober letzten Jahres bekannt gab, an verschiedenen Standorten an den Stadträndern Berlins sog. Containerdörfer zu errichten, zeigt sich Rassismus wieder unverhohlen auf der Straße – als „Ängste“, „berechtigte Kritik“ usw. In den Ortsteilen Buch, Marzahn, Falkenberg, Neu-Hohenschönhausen und Allende II demonstrierten wochenlang hunderte Menschen unter Führung der Berliner Neonazi- und Hooliganszene nicht nur gegen eine intransparente Senatspolitik und die falsche Standortwahl, sondern gegen die Menschen selbst, die in Deutschland ankommen, auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Armut, Diskriminierung.

Als der Sozialsenator im November einen berlinweiten Aufnahmestopp für Menschen in Fluchtsituationen verhängte, wurde deutlich: Hier wird nicht mehr für die Zukunft geplant und gehandelt. Hier wird panisch reagiert und ein humanitärer Notstand provoziert. Was sonst sollen uns die Begriffe ‚Containerdörfer‘, ‚Tragflughallen‘ und ‚Feldbetten‘ suggerieren? Inzwischen wurden sämtliche Standards in der Unterbringung fallen gelassen, denn selbst Turn- und Tragflughallen scheinen nun gut genug zu sein. Vielerorts bestimmen derzeit rassistische Meinungsmache und Notstandsverwaltung die Diskussion. Die Situation der Menschen, die sich in Fluchtsituationen befinden und unter teils schweren Strapazen in Deutschland ankommen, spielt eine nachrangige Rolle.

Viele wollen sich für Menschen in Fluchtsituationen und gegen rassistische Hetze engagieren. Doch durch die Notstandspolitik wird auch die demokratische Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck gesetzt: Sie soll zugleich Proteste gegen rassistische Aufmärsche rund um die Unterkünfte organisieren, eine Kultur des Willkommens vor Ort etablieren und Anwohner*innen mit Vorurteilen und Ressentiments argumentativ überzeugen. Eine gelebte Willkommenskultur, die viele Menschen in einem Stadtteil mitnimmt und einbezieht, ist so nur schwer möglich. Sie braucht Zeit und Ressourcen.

Wir, die Unterzeichnenden, fordern daher:

— ein klares Nein zu rassistischer Hetze. Vorurteile und Feindbilder haben zwar die Funktion, die Komplexität der Welt zu ordnen. Sie helfen jedoch überhaupt nicht bei der Organisation eines gleichberechtigten Miteinanders und haben in einer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

— ein uneingeschränktes Ja zur Aufnahme von Menschen in Fluchtsituationen: Die Ursachen für Flucht und Migration sind so komplex wie die Weltlage und die persönlichen Lebenswege. „Gute“ Kriegs- und „schlechte“ sog. Wirtschaftsflüchtlinge gibt es nicht. Dass Menschen zu jeder Zeit fliehen und auf der Suche nach einem besseren Leben sind, ist immer berechtigt. Eine europäische Abschottungspolitik, die Tausende das Leben kostet, verurteilen wir.

— dauerhaft ausreichende Kapazitäten für die Aufnahme von Menschen statt einer Notstandspolitik. Die Qualitätsstandards in den Sammelunterkünften dieser Stadt müssen eingehalten und ausgebaut werden. Trotzdem bleibt die Sammelunterbringung diskriminierend und ist eine Zwischenlösung für die Menschen auf dem Weg in ein eigenes Zuhause. Der Senat muss daher ausreichend sozialen Wohnraum für alle Menschen – auch für Menschen in Fluchtsituationen – schaffen.

— die Unterstützung einer aktiven Zivilgesellschaft. Ehrenamtliches Engagement im lokalen Raum, rund um die Unterkünfte, mit den neuen Nachbar*innen braucht Zeit, Geduld, Know-How und manchmal ein wenig Geld. Initiativen brauchen die Unterstützung von Vielen. Das trifft auch für die Eigeninitiative und Selbstorganisation von Menschen in Fluchtsituationen zu.